

# Spangenberg Zeitung.

Wochenzeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

### Erste Seite

erschient wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Post- und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27.



### Anzeigen

werden die sechs-spaltige 8 mm hohe (Petit)-Zeile ober deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Berücksichtigung für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkassendepot Frankfurt a. Main Nr. 20771. Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzger. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzger, Spangenberg.

Nr. 122.

Donnerstag, den 15. Oktober 1925.

18. Jahrgang.

Man lebt nicht zweimal, und wie groß ist deren Zahl, Die leben auf der Welt auch einmal nicht einmal.

## Hauptfragen, nicht Nebenfragen.

Staatssekretär Dr. Kempner, der zur Beschlusnahme seiner Reise die Strecke von Frankfurt a. M. bis nach Köln im Flugzeug zurückgelegt hat, traf am Dienstagabend um 9 Uhr abends in Berlin ein und erzielte noch am gleichen Abend dem unter Vorsitz des Reichspräsidenten Dr. Brauns schnellstgütig zusammengetretenen Kabinettsrat einen vorläufigen Bericht. Der Reichspräsident v. Hindenburg, der am Dienstag in Bad Kösen an dem Begräbnis seiner Schwägerin, Frau von Manstein, teilgenommen hatte, nahm erst am Mittwoch vormittag den Vortrag Dr. Kempners entgegen. Am Anschließlichen daran fand erneut ein Kabinettsrat statt, in dem Dr. Kempner seinen Bericht zu Ende führte.

Es liegt in der Natur der Sache, daß über die Einzelheiten des Berichtes und der Verhandlungen im Reichstag Stillschweigen beobachtet wird. Es ist aber eine gewisse Sicherheit anzunehmen, daß es sich dabei nicht um eine einzelne Frage gehandelt hat — wie etwa die Währungsfrage — sondern um die Gesamtheit der Fragen, die bisher in Locarno offiziell und privat verhandelt worden sind. Diese Fragen sind aber weit verschieden, als es nach den knappen amtlichen Mitteilungen über die Verhandlungen der Ministerien haben könnte. Man hat bisher immer die großen Fragen in den Vordergrund gehoben, die für die Beziehungen Deutschlands zum Ausland maßgebend sind: Währungsfrage, Durchzugsrecht und Disparität. Daneben gibt es aber eine ganze Reihe von Fragen mehr insamerikanischer Natur, auf die die deutsche Regierung einen nicht minder großen Wert legt wie auf jene wirtschaftlichen Fragen.

Die deutsche Regierung steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß für uns der ganze Sicherheitspakt nur dann einen Wert hat, wenn wir dadurch gewisse wirtschaftliche Erleichterungen erreichen können. Vor allem handelt es sich um Milderungen aller der Bestimmungen des Versailler Vertrages, die von der Seite der Deutschen als „Rückstände“ diktiert waren. Hierin gehören die Beschränkungen der deutschen Luftfahrt und die Besetzungsbefugnisse. Sie werden im Hinblick auf den Augenblick, in dem Deutschland in der Welt zurückgefallen ist, der doch ein Bund Gleichberechtigter sein soll. So verlangt Deutschland nicht nur die völlige Räumung der Rheinzone, sondern auch erhebliche Milderungen des Besatzungsregimes im Rheinland und im Saargebiet.

Man hat die Fragen als „Nebenfragen“ bezeichnet. Die Tatsache aber, daß in den letzten Tagen in Locarno gerade über diese Fragen die Gegenüber einander geprellt sind, sollte die Entente darüber belehren, daß es sich für uns dabei nicht um Nebenfragen, sondern um Hauptfragen handelt. Der Abschluß des Paktes und der Eintritt in den Völkerbund kann für uns niemals Selbstzweck sein. Nach der Meinung Frankreichs handelt es sich dabei ja nicht um unsere Schutz — so sehr wir seiner auch bedürftig sind — sondern um den Schutz Frankreichs. Wir sind also die Bedenden, wenn wir in den Völkerbund eintreten, trotz aller Vorbehalte, die wir dabei machen müssen, und es wäre eine vollkommenen Verleumdung der Deutschen, wenn man in der halben oder ganzen Gesamtheit unserer Bedingungen schon einen Preis sehen wollte, den man uns für den Eintritt in den Völkerbund zahlt.

Nicht um den Preis handelt es sich hier, sondern um die Voraussetzungen, unter denen dieses Geschäft überhaupt erst zustande kommen kann. Der Preis aber, das sind jene „Nebenfragen“, die die Entente mit einer Raubbewegung abtun will. In diesen „Nebenfragen“ haben wir das eigentliche politische Ziel zu sehen, das das Kabinettsrat Luther-Stresemann mit seiner Politik verfolgt. Können wir dieses Ziel nicht erreichen, so ist der ganze Pakt für uns vollkommen wertlos. Die Entente wird daher auf Grund dessen, wenn sie es unternimmt, uns von diesen Forderungen etwas abzuhandeln. Selbst wenn es daher möglich sein sollte, über die großen politischen Fragen eine Einigung zu erzielen — was bis jetzt noch nicht der Fall ist — die letzte Entscheidung liegt bei den „Nebenfragen“ und mit ihnen steht und fällt der ganze Paktgedanke.

## Die deutschen Forderungen.

Stresemann will es schwarz auf weiß haben. Die Nachrichten aus Locarno lauten nach wie vor widersprechend. Dies gilt auch in bezug auf die voraussichtliche Dauer der Konferenz. In englischen Kreisen, in denen neuerdings großer Optimismus vorherrscht, glaubt man, daß die Konferenz noch in dieser Woche zu Ende geführt werden kann. Die östlichen Interessenten rechnen dagegen damit, daß sich die Verhandlungen bis in die zweite Hälfte der nächsten Woche hinziehen können. Es scheint, als ob über die sogenannten „Nebenfragen“ eine teilweise Einigung erzielt sei. Doch dreht es sich offenbar noch darum, daß die von der Entente gemachten Zugeständnisse schriftlich formuliert werden. Nach dem „New York Herald“ sollen die deutschen Forderungen folgende sein:

1. Deutschland verlangt Aufhebung sämtlicher einschneidender Luftfahrtsbestimmungen und Gleichstellung mit den Alliierten.
2. Nennung Kölns bei Unterzeichnung des Paktes und Erteilung des Versprechens, daß die Truppen der Rheinzone nicht nach anderen Besatzungsgebieten, sondern nach Frankreich zurückgeführt werden.
3. Die Nennung Kölns ist dahin zu verstehen, daß Deutschlands Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt sind. Kleinere mit der Abrüstung zusammenhängende Fragen können Gegenstand einer späteren gütlichen Vereinbarung bilden.
4. Milderung des Besatzungsregimes im Rheinland.
5. Beschleunigte Räumung aller Besatzungszone.
6. Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit im Saargebiet.

Wie das Blatt hervorhebt, legt Dr. Stresemann auf die schriftliche Festlegung dieser Zugeständnisse größten Wert, weil mündliche Zusicherungen unter Umständen von künftigen Regierungen nicht als bindend angesehen werden würden. Briand soll es abgelehnt haben, diese schriftliche Erklärung abzugeben. Nach dem „Echo de Paris“ soll grundsätzlich auch die Erteilung eines Kolonialmandates an Deutschland beschlossene werden, doch soll, wie der Berichterstatter des Blattes erwähnt, Italien gewisse Schwierigkeiten machen, da es ebenfalls Ansprüche auf Zuerkennung von Kolonien erhebt.

## Die Verhandlungen in Berlin.

Staatssekretär Kempner wurde Mittwoch vormittag 10 Uhr 30 Minuten vom Reichspräsidenten von Hindenburg zur Berichterstattung über die Verhandlungen in Locarno empfangen. Um 11 Uhr 30 Minuten trat er erneut in Berlin anwesenden Minister unter dem Vorsitz des mittlerweile eingetroffenen Reichswirtschaftsministers Dr. Gessler zusammen, um die Berichterstattung des Staatssekretärs in Fortsetzung der Verhandlungen vom Dienstag abend weiter entgegen zu nehmen. Offizielle Beschlüsse wurden vom Kabinettsrat nicht gefaßt, vielmehr handelt es sich nur um die Entgegennahme des Berichtes. Staatssekretär Kempner hat bereits nach Erledigung seines Auftrages die Rückreise nach Locarno angetreten.

Es bestätigt sich ferner die Nachricht, daß auch der Spezialist für Völkerbundsfragen im Berliner Auswärtigen Amt, Geheimrat v. Bülow, nach Locarno abgereist ist. Der Zeitpunkt seiner Abreise steht nicht im Zusammenhang mit der Berichterstattung des Staatssekretärs Kempner, sie war im Gegenteil schon längst geplant und nur bis jetzt hinausgeschoben worden, weil Geheimrat v. Bülow sich eine starke Erklärung zugezogen hatte.

## Der Kampf um den Anschluß.

Scharfer Zusammenstoß im österreichischen Nationalrat. Im österreichischen Nationalrat kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Sozialdemokraten und dem Außenminister Dr. Mataja. Der Sozialdemokrat Puchner er hielt eine längere Rede über die Anschlußfrage, in deren Verlauf er sich scharf gegen den Außenminister Dr. Mataja wandte, den er als den ärgsten Feind gegen den Anschluß und als den schlimmsten Feind, den Deutschland in Österreich besitze, bezeichnete. „Was soll man“, so fuhr Puchner fort, „aber zu einer Mehrheit sagen, welche hier wiederholt dem Anschluß zueinigt oder zueinigt“

hat und welche daneben einen Menschen als Außenminister duldet, welcher in ganz Europa als der „Verräter“ der Gogernschaft gegen den Anschluß gilt? Dem nicht nur wir nennen ihn so, sondern ganz Europa nennt ihn so. Soll ich erst von den Zeugnissen reden, welche ihm seine französischen Herren und Gebieter, denen er seine gehorhamen Dienste erweist, geben?“

Sturmessen. Nachdem Leuthner seine mehrstündigen Ausführungen beendet hatte, erhob sich sofort Minister Mataja. Er erklärte, die Befugnisse Leuthners entzogen jeder Grundlage. Er fügte hinzu, wenn er sein persönliches Empfinden während der Darlegung Leuthners festgehalten wolle, so müsse er sagen, es sei ihm gewesen, als ob neben ihm etwas Unappetitliches, etwas Unsauberes... weiter konnte er nicht sprechen, denn auf den Forderungen der Opposition erhob sich ein furchtbarer Sturm. Die Sozialdemokraten stürzten gegen die Ministerbank. Abgeordneter Leuthner schlug wiederholt vor Dr. Mataja mit der Faust auf den Tisch und rief: „Recher Lausebue, nimm dein Wort zurück.“ So dann schlug Leuthner noch ein vor dem Minister liegendes großes Altbüchlein mehrfach mit großem Krach auf die Bank auf. Er schrie dann hinter die Ministerbank und auf Dr. Mataja zu: „Nur mit Mühe gelang es meinen eigenen Parteigenossen, ihn zurückzuhalten, während sich Bundeskanzler Dr. Ramel schützend vor den Außenminister stellte.“

Die Sitzung wurde zunächst unterbrochen und mußte dann vertagt werden. Inzwischen hatte die Obmannkonferenz getagt, in der die Sozialdemokraten zwei schriftlich formulierte Anfragen an die Regierung richteten, die dem Bundeskanzler Ramel übergeben wurden. Sie lauten folgendermaßen:

1. Identifiziert sich die Regierung mit den unternannten Beschlüssen, welche der Minister Mataja heute gegen den Abgeordneten Leuthner ausgesprochen hat?
2. Ist die Regierung bereit, dem Verbands der sozialistischen Abgeordneten für diese Beschlüsse Genehmigung zu geben?

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. Oktober 1925.

Neue Vertagung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, die am 16. Oktober erfolgen sollte, ist bis zum 20. hinausgeschoben worden, weil einer der französischen Delegierten noch in Budapest weilte. Die französischen Gegenpartei, die am 20. Oktober überreicht werden sollen, sollen nach dem „Reit Parisien“ vom Geiste größter Bescheidenheit erfüllt sein.

Keine Aufbesserung der Beamtengehälter in Preußen. Der preussische Finanzminister empfing Vertreter der Beamtenorganisationen, die ihm die Notlage der Beamten schilderten. Der Finanzminister gab die Notlage der Beamtenerschaft zu, betonte aber, daß es die augenblickliche Finanzlage des Reiches, der Länder und der Kommunen nicht zulasse, eine allgemeine Erhöhung der Beamtenbeholdung eintreten zu lassen. Auch für die am schlechtesten besoldeten Beamten könnte eine Beibehaltung der derzeitigen Gehälter in der Zukunft zu geben, sei es ebenfalls nicht in der Lage.

Ermäßigung der Wahn- und Pfändungsgebühren. Nach einer neuen Verordnung, die dem Reichsrat zur Beschlußfassung zugegangen ist, sollen mit Wirkung ab 31. Oktober die Mahngebühren von dem Betrage bis zu 100 M. 1 Proz., von dem Mehrbetrage 1,5 Proz., mindestens jedoch 20 Pf., die Pfändungsgebühr bis zu 100 M. 0,5 Proz., von dem Mehrbetrage 0,75 Proz., mindestens 60 Pf., die Versteigerungsgebühr bis zu 100 M. 2 Proz., von dem Mehrbetrage 1 Proz., mindestens 60 Pf., betragen. Es handelt sich um Ermäßigungen um ungefähr 50 Prozent. Die Finanzämter können bis zur Entscheidung des Reichsrats Gehörtenschulden, die nach dem 31. Oktober 1925 entstehen, funden.

Die neue Wahlordnung für die Provinziallandtags- und Kreiswahlen. Der Preussische Staatsrat, der am Dienstag zu einer neuen Tagung zusammentrat, beschäftigte sich mit dem Entwurf einer Wahlordnung zu den Wahlen der Provinziallandtage und Kreistage, der mit einigen Änderungen angenommen wurde. Von den Änderungen ist zu erwähnen, daß die Verwendung von Wahlvorläufern mit verschiedenen Parteifarben nur einseitig für die Provinzen möglich sein soll.



# Aus der Heimat

Spangenberg, den 15. Oktober 1925.

## 25 Jahre G. W. Salzmänn.

Neu, am 15. Oktober, kann die Firma G. W. Salzmänn in Spangenberg auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Mit dem Gründer und Seniorchef, Herrn Louis Salzmänn, haben 6 Arbeitnehmer in 25jähriger treuer Tätigkeit das Werden der Firma miterlebt. Es sind die folgenden Herren:

- Werkmeister Leinr. Gysel zu Spangenberg
- Werkmeister Konrad Angersbach zu Spangenberg
- Werkmeister Georg Löffel zu Spangenberg
- Schmied-Arbeiter Georg Meyer zu Spangenberg
- Schmied Heinrich Meyer zu Spangenberg
- Schmied Heinrich Thumeyer zu Spangenberg.

Außerdem ist auch der Kasseler Vertreter der Firma, Herr Wilhelm Kemper in Kassel, seit nunmehr 25 Jahren in Spangenberg für die Firma tätig. Allen Arbeits-Jubiläum wurden reiche Ehrungen seitens der Firma, der Betriebskommission usw. zuteil.

In einem Zeitraum von einem Vierteljahrhundert hat sich vieles ändern und wenden, und es genügt sich wohl, einen kurzen Rückblick auf den Werdegang der Spangenberg wichtiger Betriebe zu halten. Am 15. Oktober 1900 wurde durch den Kaufmann Herrn Louis Salzmänn zu Spangenberg die Fabrikation von Webstühlen mit zunächst 28 Webstühlen aufgenommen. Der Betrieb firmierte anfänglich Meyer & Co., Mechanische Webstuhlfabrik, und erst im April 1921 wurde die bisherige Firmenbezeichnung gewählt und handelsgerichtlich eingetragen.

Die kleinen Räumlichkeiten, die für den Anfang zur Verfügung standen, reichten bald nicht aus und es wurden den alten Betriebe, der sich in der Oberstadt befand, Erweiterungen notwendig. Nach einigen Jahren schon mußte die kleine 50 P.S.-Lokomotive einer 100 P.S. Maschine Platz machen und mit neu angekauften Webstühlen und Antriebsmaschinen wurde nunmehr auch die Herstellung von billigen Schlafteden, hauptsächlich für den Export, aufgenommen. Bisher mußte das für die Weberei notwendige Garn auschl. von auswärtigen Spinnereien bezogen werden und die Firma hatte gegenüber der großen Konkurrenz, die schon ihre Garne selbst herstellte, einen ungünstigen Stand. So konnte erst der im Jahre 1913 hergestellte Einsatz, der Weberei eine Spinnerei anzuschließen, den Betrieb zu seiner heutigen Bedeutung bringen. Seit diesem Zeitpunkt ist es möglich, die Fabrikation von Webstühlen bis zum Fertigfabrikat im eigenen Betriebe durchzuführen und die Stellung der Firma auf dem Inland- und Weltmarkt wurde damit eine andere. Der gesamte Betrieb, der sich heute in

- Spinnerei, Weberei, Keiserei, Kauerei, Färberei, Druckerei und Näherei

besteht, ist heute im Dörnbackstale untergebracht. Die Verhältnisse der Firma reichen weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus bis in die entferntesten Weltteile. So kann heute der Gründer und Seniorchef der Firma mit Stolz auf sein Lebenswerk zurückblicken, und die mühsamen dem Betriebe, in dessen Leitung sich heute neben dem Gründer auch dessen ältester Sohn, Hans Salzmänn, teilt, weiterhin gutes Gedeihen.

## „Glückwunsch“

25jähr. Jubiläum der Weberei G. W. Salzmänn Spangenberg am 15. Oktober 1925, von Wdm Siebert.

Es war einmal ein stilles Tal,  
Das einst bescheiden träumte.  
Das Dorn-Geheg wohl tausend mal  
Mit Blüten schimmelt umflaute.

Es träumte still im Sonnenkleid  
Und unter Winters Decken  
Bis daß ein Geist der neuen Zeit  
Es tat vom Schlaf erwecken.

Da kamen in das stille Tal,  
Geschäftig viele Hände,  
Die machten — wie die Zeit befaß —  
Dem stillen Traum ein Ende. ....

Da wuchsen Schilote in die Luft,  
Daneben weite Hallen,  
Aus denen Dampf nun haucht und pufft,  
In gleichem Intervallen.

Und taufend „Schifflein“ hin und her  
An Webestühlen jagten,  
Am Arbeits-Segen, immer mehr,  
In's Dörnbackstäl zu tragen.

Die alten Berge rings herum,  
Die gukten voll Erstaunen,  
Auf dieses Kuriosum  
Mit seinem fremden Raunen.

Und immer mehr und größer ward  
Da unten das Getriebe,  
Bis fünfundsiebzig mal sich jahrt  
Das Wert am „Wach der Liebe“.

Und heut an seinem Jubeltag,  
Da kommt das ganze Städtchen  
Im Gruß zu ihm, zum Dörnbackstäl  
Mit goldnen Herzwunsch-Fächchen.

Die mag die Jubel-Weberei  
In ihre Zukunft wehen,  
Damit das ganze Wert gedeiht  
Und's Städtlein sich mag heben!

Drum, Jubilar weh ohne Rost  
In Deinem Zukunft-Glück!  
Und baue Deiner Städtleins Laß,  
Zum Wohlstand, eine Weide!  
Weh, spinn, spinne, spinne emsiglich,  
Laß Deine Schifflein eilen!  
Und heil die Runden aus dem Krieg  
Dem Vaterlande heilen!  
Doch aus den „Luppen“ klein und groß,  
Die doch zu feil nicht taugen,  
Die von dem deutschen Eichenbaum bloß  
Den Lebenssaft absonnen,  
Da mach' kurzen — keinen Fluß —  
Und darans Schauer-Koppen  
Und damit leg den Schmuck hinein  
Vom deutschen Haus und Wappen!  
In deutsches Haus und Ehrenstich  
Dann wieder blank geschweert:  
Dann sei in Deinem Werk-Gesicht  
Güldewinckel Dir einst erneuert!  
In diesem Sinn Du Weberei  
Im Silber-Festtags-Kranz,  
In Dir des Städtleins Glückwunsch weh,  
Zu fernem, neuem Glanz!  
Doch aus dem Gold-Güld-Fächchen heut,  
Die Dir die Herzen geben,  
Da magst Du einst — zu Städtleins Freud' —  
Dir goldne Fing'ring wehen!

Der erste Schnee ist gestern nachmittag gefallen. Nachdem schon die Regenschauern am Vormittag mit Schnee untermischt waren, setzte in der dritten Nachmittagsstunde ein regelrechtes Schneetreiben ein, wie es um diese Jahreszeit in unserer Gegend nur selten zu verzeichnen ist. Die Schneeflocken tanzten lustig herab, die jedoch sofort, nachdem sie die Erde erreicht hatten, zu Wasser zerflossen. Nach ungefähr einer halben Stunde hörte das Schneetreiben wieder auf.

Der Reichsfinanzhof zur Umsatzsteuer. Zur Umsatzsteuer hat der Reichsfinanzhof ein bemerkenswertes Gutachten abgegeben. Die Befreiung der Handelsagenten von der Umsatzsteuer bedeutet eine grundsätzliche Durchbrechung des Systems der Steuer. Sie würde deren Aufkommen stark gefährden und wegen der Unklarheit in der Abgrenzung des Begriffs zurechenlichen Weiterungen im Veranlagungs- und im Rechtsmittelerfahren führen. Ein Urteil des Hofes erklärt eine juristische Person als Generalagentin mehrerer Versicherungsgesellschaften, die gleichartige Versicherungszweige betreiben, dann als Angehörige für unselbständig wenn die Zuweisung der Versicherung an die einzelnen Gesellschaften nicht in ihrem freien Ermessen liegt, sondern wenn von vornherein vertraglich abgemacht worden ist, in welchem Verhältnis die Zuweisung zu erfolgen hat.

Die Nachzahlung für abgefundene Rentenempfänger. Die in der Inflationszeit nach dem Reichsversicherungsgesetz mit wertlosen Papiermarkbeträgen abgefundenen Rentenempfänger mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit über 15, aber unter 25 Prozent können zum 1. März 1925 auf Grund des Artikels 2 des dritten Abänderungsgesetzes zum Reichsversicherungsgesetz vom 28. Juli 1925 eine Nachzahlung von 50 Reichsmark beanspruchen. Die kritische Frage, ob dieser Betrag auch an Hinterbliebene der inzwischen verstorbenen Abgefundenen gezahlt werden kann, ist auf Veranlassung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zu Gunsten der Hinterbliebenen geregelt. Wenn ein solcher abgefundener Beschädigter nach dem 31. März 1925 gestorben ist, so kann auf Antrag an das zuständige Versorgungsamt der Betrag von 50 Reichsmark anderen nahestehenden Angehörigen gezahlt werden. Ist der Tod bereits vor dem 1. April 1925 eingetreten, so kann das Versorgungsamt den gleichen Betrag ausnahmsweise als Unterstützung aus dem dem Reichsarbeitsministerium dazu bereitgestellten Mitteln bewilligen. Der Antrag ist dem zuständigen Versorgungsamt zuzuleiten.

Cassel. In den Neubauten bei Salzmännshausen hat sich ein Unglücksfall ereignet. Der Maschinist K. geriet zwischen einige Feldbahnrollen, sodaß er schwere Kopfverletzungen und eine Handverletzung erlitt. Er wurde dem Landkrankenhaus zugeführt.

Sontka. Der Arbeiter Fr. S. machte seinem Leben durch Freitod ein Ende. Als seine Frau, die an einer Beerdigung teilgenommen hatte, in ihr Heim zurückkehrte, fand sie den Mann im Hausflur erhängt vor. Was den etwa 60 Jahre alten fleißigen, ordentlichen Menschen in den Tod getrieben, ist allen ein Rätsel. Der in Trauer verlegten Familie bringt man allgemeine Teilnahme entgegen.

Pöfnick. In einer Millionenerschaft, die aus Holland nach Deutschland fällt, ist der Handlungsgehilfe Artur Selbig, hier, mit etwa 2 1/2 Millionen Mark beteiligt.

Halle. Beim Stiftungsfest des Werkmeistervereins in Mühlhausen wurde der Werkmeister Voigt, der um Winternacht in das 71. Lebensjahr trat, von seinen Freunden aufgeführt, nun auch noch ein Tänzer zu machen. Raum hatte er ein paar Schritte getan, brach er, vom Herzschlage getroffen, tot zusammen.

## Aus Stadt und Land.

Der Kolaninbedarf vorläufig gedeckt? Trotz der scharfen Verfolgung durch die Polizei und trotz der schweren Gerichtsstrafen steht in Berlin der Handel mit Kofain nach wie vor in höchster Blüte. Der Bedarf scheint aber nun vorläufig ziemlich gedeckt zu sein, denn noch unermittelte Täter haben jetzt durch einen verwegenen Einbruch in eine pharmazeutische Fabrik in der Friedrichstraße für 30 000 Mark Kofain und Morphium entwendet.

Aus Bergzweilung. Durch betrügerische Mäntel war ein junger Kaufmann in Berlin-Friedrichsfelde um seine Barschaft gebracht worden. Aus Bergzweilung hierüber griff der Betroffene zu der Waffe und tötete seinem Leben ein vorzeitiges Ende.

Zwei neue Falschgeldverurteilungen, die im März der Verhaftung von 50 Fennigstücken und Zehnmarkstücken, sind in Berlin ausgehoben worden. Die Täter wurden hinter Schloss und Riegel gesetzt. Ein 45-jähriger alter Kaufmann erschloß einen 25-jährigen seine 38-jährige Frau durch einen Schuß in den Hinterkopf. Nachdem letztere er sich selber durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Die Ursache liegt in finanziellen Dummheiten, deren der Kaufmann nicht mehr Herr werden konnte. Als geküsst erklärt wurde der fürchtete seine Beschlau aus Berlin-Altstadt, der fürchtete seine eigene Villa in Brand steckte. Beschlau ist der Arrenanflast überwiegen worden.

Die wackelnde Wand. Einen bösen Schreckten erlebte in Wittlingen (Bezirk Lüneburg) eine Frau um 6 Uhr früh, als sie noch zu Bett lag und hinter gewaltigen Krachen hörte die Hauswand und im ersten Augenblick noch nicht zu bestimmendes etwas brachte den Kleiderkasten ins Wanken, jedoch alles unter dem durchgehenden floß. Ein fürchterlicher Aufschrei folgte. Erst nach einiger Zeit, als sie sich eingemessen erholt hatte, erkannte, die geknickte Wand gebürden. Für den unvorstelligen Schaden wurde das Mauerwerk. Eine Wagenradfelge war durch die Wand gebürden. Für den unvorstelligen Schaden wurde die Wand gebürden. Für den unvorstelligen Schaden wurde die Wand gebürden.

Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich auf der Station Bönndorf-Wiltersdorf an der Altkirch-Strargarder Straße zugetragen. Ein vorzeitig freigegebenes Einheitsfahrtsignal verführte den Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem Güterzug. Beide Maschinen sprangen aus dem Gleise. Insgesamt sieben Personen wurden verletzt.

Sieben Scheunen durch Brandstiftung zerstört. In Friedeburg am Quils brannten sieben verschiedene Scheunen, die in den Scheunen untergebracht waren. Ein Brand der Scheunen geworden. Es besteht immer noch ein Zweifel, daß Brandstifter am Wert waren.

Verbrechen im Amt. Wegen den Beiter der Liegnitzer Kriminalpolizei, Kommissar Ernst Klein, hat man wegen dienstlicher Vergehen ein Verfahren eingeleitet. Klein ist festgenommen worden.

Von einem Dohsengefangenen zerquetscht. In Friedeburg wurde ein 13 Jahre alter Schüler so unglücklich von einem Dohsengefangenen gegen eine Wand gedrückt, daß dabei der Tod eintret.

Ein Erbsiz. Das Vorgehen der Stadtverwaltung in Mendon (Westfalen), die eine Eingabe wegen Belästigung von jollfreiem Gefirrenfleisch an die Regierung richtete, hat den Erfolg eingetragen, daß die Gesamtzahl der Schlächter bei allen Fleischorten eine Verminderung von 10 Pfg. pro Pfund vornahm.

Gründlich über die Ehren batiert. Wie aus Hagen berichtet wird, haben in Hagen zahlreiche oertrauensvolle Hausgeheimnisse einen schweren Neinsfall erlebt. Sie unterzeichneten eine Menge Wechsel in Höhe von 20 000 Mark, die ihnen ein Händler aus Hagen in angeblicher Selbstverleugung vorlegte. Diese Gefälligkeitszwang bereits die Heringgefallenen zu Zwangsverleugern, um die Wechsel zu deden. Der Wechselstücker ist über alle Berge.

Die Typhus-epidemie in Oberhansen hat noch keinen Rückgang zu verzeichnen. Ein Teil der Erkrankten ist bereits gestorben. Neuerdings sind die Fälle der Erkrankungen um weitere vermehrt worden, zum Teil auch aus dem Ortsteil Mladen.

Rechte Forderung. Die am Rhein und an der Ruhr teilweise in Angriff genommene Weinkle wurde im etwa 10 Tage ausgelegt, da man die Vorteile der neuen warmen Diederlage noch wahrnehmen will.

Neber 2000 falsche 50-Fennigstücke in den Verkehr gebracht hatte eine aus acht jungen Leuten bestehende Falschmünzverbanne, die jetzt von der Kriminalpolizei dingfest gemacht wurde. Das Haupt der Bande, ein Gebruder, war nach Karlsruhe verurteilt. Man hat aber auch ihn dort sofort festnehmen können.

Umfangreicher, langfristiger Spiritusfalschungen ist man in Reife auf die Spur gekommen. Wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz wurden verhaftet der langjährige Buchhalter in der Bickmannsdorfer Fabrik, ein Zollinspektor, ein Obersekretär und die Inhaber der pharmazeutischen Fabrik Pinius u. Scheber. Diese Firma hat schon einmal wegen dieses Vergehens unter Polizeiaufsicht gestanden.

Folgenschweres Bauunglück. In Hagen (Main) stürzte auf einer Baustelle der Fachwerke der 25 Zentner schwere Behälter einer Betonförderungsmaschine ab. Er traf drei Arbeiter, die mit lebensgefährlichen Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Bedrohliche Bodensenkungen sind in dem Grundort Dudweiler (Saargebiet) erneut zu verzeichnen. Auf einem Gelände von etwa 300 Meter Ausdehnung ist der Boden um zwei bis drei Meter gefallen. An einzelnen Stellen zeigt das Gelände klaffende Riefen von unergründlicher, schauerlicher Tiefe.

Großes Schadenfeuer. Viel Leid hat ein riesiges Feuer in Mündelkingen (Schwarzwald) herangezogen. Der Brand, der plötzlich zum Ausbruch kam, ergriff vier Bauernhöfe und legte sie vollkommen in Schutt und Asche.

Wieder einer! Ein bei einer Mültchener Großfirma beschäftigter Buchhalter hat nach Veruntreuung von 22 000 Mark Reichs ausgenommen. In einem Briefe, den er zurück ließ, erklärte er, er werde sich über das Leben nehmen, als daß er sich in die Hände der Polizei begeben.

**Nicht Personen bei einem Fabrikbrande ums Leben gekommen.** Im Gebäude der Oberfränkischen Porzellanfabrik Bales u. Co. in Marktzeuthen (Bahren) brach ein Brand aus. Die im obersten Stockwerk wohnende Familie des Porzellanoberbrenners Martin, bestehend aus acht Personen, ist in den Flammen umgekommen. Die Entfesselungsbefehle des Feuers konnte noch nicht ermittelt werden. Erst in den Morgenstunden konnten die Feuerwehren den gewaltigen Brand beghähmen.

**Klein Nachrichten.**

\* Ein Musfikerleibung trat in Färkenau (Neumark) beim Spagengliedchen einen Arbeiterleben in den Unterleib und befreite ihn sehr schwer.

\* Am Gewesemilner Bundesriedensbruch-Prozess wurden Strafen von 1 Monat Gefängnis bis zu 1 Jahre 6 Monaten Befängnis verhängt.

\* Die Wändener Bäckermeister haben eine Brotpreisverbilligung um 1 Pf. für das Pfund eintreten lassen.

\* Der Kammerdiener des Generalkommissars Dr. Zimmermann in Wien verübte aus Wam über seine Entlassung Selbstmord.

**Der Betrug bei der Reichsbank.**

Völlige Einbuße der unterfchlagenen Gelder? — Wie die gewaltigen Beträge verbracht wurden.

Ueber die ungeheuerlichen Unterschleife des früheren Leiters der Charlottenburger Girokasse, Arnold, werden noch zahlreiche Einzelheiten bekannt, die so recht beweisen, mit welcher unerhörten Raffinerie der Diebstahlsbetreiber seit langem bereits seine Veruntreuungen betrieb.

Arnold, der am 1. Oktober in den Ruhestand versetzt worden war, gedachte kurz vor seiner Pensionierung noch einmal einen „großen Schlag“ durch die Fälschung des 600 000 Mark-Befehls zu machen und sich vor seinem Weggange aufs neue reichlich „einzudecken“. Der neue gigantische Schwindel wäre ihm auch diesmal geglückt, hätte nicht der Direktor der Breslauer Reichsbanknebenstelle, durch die Däbe des Betrages fälsch geworden, einen telephonischen Anruf bei der Berliner Kasse veranlaßt.

Auf Grund seiner Stellung als Oberinspektor, dem die Kontrolle der Bankbewegungen und die Prüfung der Schecks oblag, war es Arnold ein leichtes, die Unterschleife der Direktoren der Reichsbank, die ihm von seiner amtlichen Tätigkeit her bekannt waren, zu fälschen.

Er pflegte die von ihm gefälschten Schecks auf mehrere tausend Mark anzuspielen und über die Hauptstelle der Reichsbank in Berlin zur Zahlung an die Girokasse der händischen Sparrasse anzuweisen.

Dort hatte er sich auf seinen Namen ein Konto eingerichtet und von den überwiesenen Beträgen fortlaufend Gelder abgehoben. Sämtliche Voranmeldungen und Hauptabläufe, die hierzu erforderlich waren, hat Arnold in ganz durchtriebener Weise gefälscht. Die Eintragungen hatte er so vorgenommen, daß die Unterleiste in den letzten zwei Jahren der

schärfsten Untersuchung zum Vorn nicht aufzuklären waren.

Die fortgesetzten schweren Betrugsereien waren Arnold um so mehr erleichtert, als er das Vertrauen seiner vorgelegten Direktion im weitesten Maße genöß. Arnold beherrschte seit etwa zwei Jahren eine sechs Zimmere Wohnung in Charlottenburg. Früher hatte er eine kleinere Wohnung inne. Es hieß aber damals, er habe eine große Geldsumme erhalten, die ihm ein besseres Leben gestattete. Und in der Tat führte Arnold ein großes Haus. Er gab Gesellschaften, bei denen er stets seine Kollegen, aber auch andere Angehörige der Berliner Gesellschaft als Gäste hatte.

Arnold, der ein sehr aufwendendes Leben führte, pflegte händiger Gast der Anstaltsale im Berliner Westen zu sein, wo er seiner großen Ausgaben wegen gern aßen war. Große Setztische, verbunden mit reichem Dinner, pflegte er hauptsächlich im Kreise seiner Freunde zu veranstalten. Ueberall genöß er als „Herr Direktor Arnold“ von der Reichsbank einen hohen Ruf.

Auch auf seinen Reisen, die er oft gemeinsam mit seiner Gattin, seinem jetzt 24 Jahre alten Sohn und seiner Tochter unternahm, führte er stets ein luxuriöses Leben. Mit den erschwindelten Geldern soll Arnold auch Beteiligungen gemacht und überdies zu sehr hohen Zinsen Kapitalien verliehen haben. Ob von den erschwindelten riesigen Beträgen noch etwas zu retten ist, das steht noch nicht fest.

Der Betrüger ist unter der Wucht der Tatsachen ganz zusammengebrochen und gibt die ihm zur Last gelegten Betrugsereien in vollem Umfange zu. Seine Helfer weigert er sich anzugeben. Umfangreiche Untersuchungen nach dieser Richtung hin sind in vollem Gange.

**Zahlt Steuern!**

Die fälligen Steuervorauszahlungen.

Wer die im Oktober fälligen Steuervorauszahlungen bisher noch nicht geleistet hat, möge dies schleunigst nachholen, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen. Der Fälligkeitstermin war der 10. Oktober, die Schonfrist läuft aber noch bis zum 17. d. M. Bis dahin sind also folgende Steuern zu entrichten:

1. Gewerbetreibende (Einzelpersonen, Erwerbsgesellschaften) haben Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für die Monate Juli, August, September nach dem Umlauf oder dem Vermögen zu leisten. Wäre ein Gewerbetreibender für die abgelaufenen vollen Vierteljahre des Kalenderjahres 1925 oder des Wirtschaftsjahres 1924-25 nach, daß er in diesem Zeitraum Verlust oder so geringen Gewinn gehabt hat, daß die Vorauszahlungen die Steuern für 1925 übersteigen würden, so werden die Vorauszahlungen für den Rest des Kalenderjahres 1925 oder des Wirtschaftsjahres 1924-25 ganz oder teilweise getundet; hierbei werden die bereits entrichteten Vorauszahlungen angerechnet.
2. Gehaltsempfänger mit Gehalt von mehr als 3000 Reichsmark im Vierteljahr, Angehörige der freien Berufe, Beamter, Bergarbeiter, Besizer von Kapitalverträgen und sonstigen Einnahmen haben Vorauszahlungen nach dem

Wiederschuss der Einkünfte aber die Voraussetzungen in den Monaten Juli, August, September zu leisten. Der Wiederschuss weniger als 20% Reichsmark, oder bei Zahlungen nicht zu entrichten. Der Steuerbetrag wird berechnet.

3. Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer wie bisher, von den größeren Steuerpflichtigen nach dem Umlauf oder dem Vermögen für den Monat September, und von den kleineren Steuerpflichtigen vierjährlich, d. h. für Juli, August, September, zu leisten. Der Satz betragt die Hälfte des 1% vom Hundert. Die Ermäßigung auf 1 vom Hundert beginnt erst für die Umläge nach dem 30. September 1924.

**Geratschung der Verzugszinsen.**

Bei nicht pünktlicher Zahlung der Steuern sind bekanntlich Verzugszuschläge zu zahlen. Zum Herbst für fällige Zahlungen sei darauf hingewiesen, daß die Zuschläge etwas herabgesetzt sind. Während des Zeitraums der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat tritt ein Zuschlag von 0,75 Proz. des Steuerbetrages. Ebenso werden die Verzugszuschläge bei der Obligationsteuer von 1 Proz. auf 0,75 Proz. ermäßigt. Die Verordnung tritt mit dem 15. Oktober dieses Jahres in Kraft. Fällt ein Zahlungstermin auf den 1. Oktober, so ist der Teil noch in die Zeit vor dem 15. Oktober und zum anderen Teil in die Zeit nach dem 15. Oktober, so ist für diesen halben Monat nur 0,75 Proz. des Rückstandes zu entrichten.

**Für und wider Severing.**

Aus dem Preussischen Landtag.

Präsident Bardeleben eröffnete die Sitzung am 13. Oktober 1924. Der Vorsitz übernahm der Ministerpräsident, der die Tagesordnung des Preussischen Landtages nachrichtete. Der Vorsitz übernahm der Ministerpräsident.

Die Verhandlung über die Angelegenheiten des Innern wird in Verbindung mit Anträgen und Anfragen über die Unterbringung der Opianten, über Anwerbsstellen usw. begonnen.

Von der deutschen nationalen Fraktion sowie von der Fraktion der Deutschen Volkspartei liegen Anträge vor, die die fälligen Verzugszinsen zu entziehen.

In der Ausprache verteidigte zunächst Abg. Severing (Soz.) in längerer Ausprache die Veranlassung, die ein Minister Severing. Das „Schlimme“ Severing angeht, ist einmal reich genug mit der Besetzung der Beamtenstellen durch Republikaner vor.

Abg. Witzberg (Zentl.) wandte sich scharf gegen die Veranlassung, die Severing und erklärte das Schlimme Severing für einen Krebsgeschwür für Preußen und Deutschland; es müsse deshalb schleunigst verschoben werden. Abg. Wendt (Zentl.) verlangte Parität bei der Besetzung der Beamten durch anderweitige Eingruppierung ein. Nachdem zum Schluß noch der Demotrat Dr. Weizsäcker gesprochen hatte, wurde die Fortsetzung der Ausprache auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Die Herren Vorliegenden des Grundsteuer-Verwaltungsausschusses in Cassel haben mit je einem Vertreter der Landwirtschaftskammer und des Kirchlichen Landrates im Anhalt an die bei mir stattgefundenen Verhandlungen von landwirtschaftlichen Sachverständigen des Anhalts Messungen eine weitere Besprechung über den vorjährigen Gesamtvertragsverlust der landwirtschaftlichen Besizer gehabt. Bei dieser Besprechung ist bei der Landwirtschaftskammer ein Gesamtvertragsverlust von 50 v. H. angenommen worden, zufolge dessen im höchsten Anhaltsgebiet die für die Zeit vom 1. 2. 25 bis 30. 9. 25 gestundeten Grundvermögenssteuerbeträge jetzt im Gesamtvertrage von 4 Monatsbeträgen fällig werden und am 15. ds. Mts. an die Steuerbehörde abzuführen sind. Die Gemeindefassen haben die ab Februar gestundeten monatlichen Steuerbeträge in den Gebelissen vermerkt. Der vierfache Betrag ist am 15. ds. Mts. somit eingeziehen.

Messungen, den 12. 10. 25.

Der Vors. d. Grundst. Aussch.

**Bargeldloser Zahlungsverkehr.**

Wir haben — dem Beispiel anderer Städte folgend — die Einrichtung getroffen, daß die Zahlungen, die an die Stadtkasse zu leisten sind, in den Grenzen der Möglichkeit durch Vermittlung der Sparrasse erfolgen. Die fälligen Beträge werden bei der Sparrasse vom Guthaben abgeschrieben oder dem Konto zur Last gelegt. Dies Verfahren ist mit Vorteilen verschiedener Art verbunden. Dem Steuerpflichtigen wird es erspart, oft die Stadtkasse aufzusuchen und unter Umständen längere Zeit auf Befertigung zu warten. Außerdem brauchen sie Mahngeldbühren und Verzugszuschläge, die bekanntlich vom Staat auch für die Gemeindeabgaben festgelegt sind, nicht zu entrichten. Allerdings sind, wenn bei der Sparrasse kein Guthaben vorhanden ist, geringe Zinsen zu zahlen. Sie reichen in ihrer Höhe jedoch nicht annähernd an die Verzugszuschläge heran. Auch für die Verwaltung ist dies Zahlungsverfahren von Nutzen. Es trägt zur Vereinfachung der Verwaltung bei, was bei dem beschränkten Personalstand dringend erforderlich ist. So dient die Einrichtung gleicherweise den Belangen der Einnahmer und der Verwaltung.

Nach Lage der Dinge werden die Beteiligten gebeten, die Einverständniserklärungen, die ihnen dieser Tage zur Unterzeichnung vorgelegt werden, zu vollziehen. Im Falle der Weigerung müssen sie damit rechnen, daß bereits am Tage nach Ablauf der Schonfrist gebührenpflichtige Mahnungen Zwangsbeitreibung erfolgen.

Spangenberg, den 13. Oktober 1925.

Der Magistrat, Schier.

Sonntag, den 18. und Montag, den 19. Oktober findet in Mörshausen die

**Kirmesfeier**

statt, wozu freundlichst einladen,

Die Kirmesburgen Gastwirt Cinning.



**Zur Kräftigung der Mastschweine empfiehlt Viehtran, Viehemulsion, Futterkalk, Fresspulver die Apotheke.**

Unserer werten Kundschaft zur Kenntnis, daß wir vom 15. ds. Mts. unser

**Geschäftslokal**

zu Herrn Sonntag (Neustadt) verlegt haben.

**Bereinsbank**  
e. G. m. b. H.

**Bezirksversammlung.**

Unsere Mitglieder laden wir hierdurch zu der am Sonntag, den 16. d. Mts. nachmittags 3 Uhr im Hessischen Hof zu Homberg a. d. Elbe stattfindenden Bezirksversammlung ergebenst ein.

Tagesordnung

1. Vortrag des Herrn Generaldirektors Wiegand, Corbach.
2. Wahl von stimmberechtigten Vertretern für die Generalversammlung, Vertreterversammlungen und für die Wahl des Aufsichtsrates.

**Kornhaus Korbach, Zweigstelle Spangenberg**

**Eine Ausstellung kunstgewerblicher Handarbeiten**  
Handgemalte Decken, Schals und Kinderkleider, sowie Blaudruckstoffe in neuen Mustern  
im Rathausaal werde ich Sonntag von 11-1 und von 4-6, sowie Montag von 11-1 veranstalten, wozu ich die geehrte Frauenwelt von Spangenberg und Umgegend ergebenst einlade.  
**Thea Fenner**  
Kunstgewerberlin in Cassel.

Wenn Sie **Seifen, Kopfwässer** und alle zur Körperpflege nötigen brauchen, dann gehen Sie zu **Max Munzer, Spangenberg** Friseur-Geschäft.

**Henko**  
Man spart Seife!

Mitverwendung der allbewährten **Henko** Henke's Wasch- und Bleich-Soda beim Waschen verbilligt die Wäsche!

Redegewandter **Verkäufer** für Waldappell u. Umgegend zum Verkauf von Nähmaschinen gegen feste Spesen und hohe Provision sofort gesucht. Schriftl. Angeb. mit Zeugnisabschriften unter S. C. 100 an die Geschäftsst. ds. Bl.

**Möbl. Zimmer** zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

**Gemischter Chor** heute abend 8 1/2 **Gesangsstunde** Der Vorstand.

Anzeiger

Druck

Nr. 12

Verzinsen Sie erb...

Suche b...

Daß die...

Der Vors. d. Grundst. Aussch.

Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Der Magistrat, Schier.